



CDU-Fraktion Clausthal-Zellerfeld • 38678 Clausthal-Zellerfeld

An die Bürgermeisterin
der Berg-und Universitätsstadt
Clausthal-Zellerfeld

**CDU- Fraktion im Rat der
Berg-und Universitätsstadt
Clausthal-Zellerfeld
- Der Vorsitzende -
Lars Weitemeyer
A.d.Eschenbacher Teichen 6
38678 Clausthal-Zellerfeld
☎ 0171-6425895 Handy
☎ 05323-40001 Büro**

Clausthal-Zellerfeld, 26.01.2021

Antrag auf Einführung der Sustainable Development Goals“ (SDGs) für nachhaltiges Handeln in der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit beantragt die CDU-Fraktion zu allen Ausschüssen und zum nächsten Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

Grundsatzbeschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Musterresolution zur „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“.

Die Stadt wird damit Zeichnungskommune der 2030 Agenda der Vereinten Nationen!

Einzelbeschlüsse:

1. In die Hauptsatzung der Stadt wird ein Hinweis auf die Verpflichtung der Stadt auf die Sustainable Development Goals“ (SDGs) und die Zeichnung der 2030-Agenda aufgenommen. (Deklaratorischer Charakter)
2. Die Geschäftsordnung des Rates wird um zwei Punkte ergänzt:
 - a) Alle eingebrachten Anträge und Verwaltungsvorlagen nach § 9 der GO des Rates müssen eine Stellungnahme beinhalten, ob die SDGs durch den jeweiligen Antrag unmittelbar gefördert, nichtbetroffen oder verschlechtert werden. Anträge, die eine solche Stellungnahme nicht beinhalten, gelten als nicht formgerecht eingebracht und können nicht behandelt werden. Eine mündliche Heilung des Formmangels wird ausgeschlossen.

- b) Der/die HVB gibt im Rat der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld ab dem Kalenderjahr 2022 einen jährlichen schriftlichen Bericht über den Stand der Umsetzung der SDGs ab.
3. Die Eigengesellschaften und Eigenbetriebe sowie sonstige Einrichtungen der Stadt (Bibliothek, Museum, etc.) beziehen die SDGs bei ihren Entscheidungen mit ein. Ab dem Kalenderjahr 2022 dokumentieren die Institutionen ratsöffentlich ihren Fortschritt, in den für ihren Bereich essenziellen SDGs und zeigen die weitere Entwicklung auf.
4. Die Vergaberichtlinien der Stadt werden hinsichtlich der SDGs überprüft und ggf. angepasst und als wesentliches Vergabekriterium mitaufgenommen. Die ggf. geänderten Vergaberichtlinien werden dem Rat zur Kenntnis gegeben.

Begründung:

1. Die 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wurde aus den bekannteren Millennium- Zielen der VN entwickelt und gilt für alle staatlichen Körperschaften weltweit, also auch und insbesondere für Kommunen der 1.Welt zu denen die Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld zweifelsohne zählt. Sie stellt auf den zentralen Begriff einer Nachhaltigen Entwicklung in allen Themenfeldern ab.

Der Oberharz ist historisch gesehen eine der nachhaltigsten deutschen Wirtschaftsräume der letzten 1000 Jahre! Nicht nur unsere jahrhundertealte Bewirtschaftung der Wälder sowie die Art der Wasserwirtschaft (Weltkulturerbe), sondern insbesondere das Auffahren und der Betrieb der Bergwerke erfolgten unter extrem nachhaltigen Strategien. Oft wurde Jahrzehnte, in einigen Fällen sogar Jahrhunderte lang das Aufgeld bezahlt: Investitionshorizonte, die heute nicht mehr darstellbar sind!

Umso mehr verwundert es, dass das öffentliche Handeln der Stadt, sprich die Aktionen von Verwaltung und Rat, nur noch als reaktiv auf sehr kurzfristige Problemstellungen und nicht mehr an einer langfristigen Zukunftskonzeption orientiert erscheinen. Die Abschaffung des Stadtentwicklungsausschusses darf hier getrost rückblickend als Fehler betrachtet werden, den wir an dieser Stelle ausdrücklich bedauern.

Diese allgegenwärtige Kurzfristigkeit schwächt massiv das Vertrauen der Bürger in das nachhaltige Handeln der Stadt, führt weiter zu offenen Anfeindungen der Exekutive und stärkt die extremen demokratiefeindlichen Ränder der Gesellschaft. Langfristig führen das Verhalten der Stadt und die Reaktionen der Bürger dazu, dass der demokratische Gesellschaftsvertrag so stark beschädigt wird, dass Entscheidungen entweder überhaupt nicht mehr zustande kommen oder nicht mehr durchsetzbar sind. Die Vorgänge um das IEWK in Clausthal, das Sanierungsgebiet Zellerfeld und der umstrittene Ausbau des Zellbachs haben hier erste dunkle Vorzeichen gegeben und sollten uns alle aufrütteln.

Dagegen wendet sich dieser Antrag. Wir versuchen damit, den politischen Akteuren sowie der Verwaltung der Stadt ein „Leitsystem“ an die Hand zu geben, welches die oben beschriebene Problemstellung durchbricht.

Sollte die Stadt einige der SDGs wirklich konsequent umsetzen, werden wir in wenigen Jahren, vielleicht schon in Monaten spüren, dass die –oft beklagte– politische Konfrontation nachlässt, die Verwaltung in ihrem Handeln sicherer und die Bürger mit dem politischen Prozess zufriedener werden. Gleichzeitig wird das politische Handeln stabiler und transparenter (das zentrale Wahlversprechen der Bürgermeisterin in der Wahl 2015). Insbesondere der Ruf nach mehr Transparenz wird in den konventionellen und sozialen Medien immer lauter. Diesem Ruf kommt die CDU mit diesem Antrag nach. Die verschiedenen Indikatoren für die einzelnen Ziele sind öffentlich einsehbar und erlauben somit eine gewisse unabhängige Bewertung von Politik.

2. Es ist vollkommen klar, dass nicht alle 17 SDGs gleichzeitig umgesetzt werden können, allein schon, weil die Stadt teilweise einfach nicht zuständig ist und z.B. bei Fragen der Mobilität auf den Regionalverband oder bei der Kinderbetreuung (Tagesmütter) oder Armutsbekämpfung auf den Landkreis angewiesen ist. Soweit den Unterfertigern bekannt, haben beide Körperschaften noch nicht der Agenda2030 zugestimmt oder sich explizit zu deren Zielen bekannt, was bedauerlich ist.

Umso wichtiger ist es deshalb, die für die Stadt umsetzbaren SDGs zu identifizieren. Dazu schlägt die CDU-Fraktion eine Dokumentation in vielen Bereichen der Stadt vor, um eine Übersicht über die umsetzbaren SDGs zu erhalten und die Erreichung der Teilziele einer ständigen Kontrolle des Rates zu unterwerfen.

Wir sind uns dabei sicher, dass die Stadt hier nicht „bei Null“ anfängt, sondern schon viele SDGs weit fortgeschritten sind, ohne dass dieses dokumentiert, geschweige denn lobend erwähnt wurde. So ist einem der Verfasser dieses Antrages erst jetzt bewusst geworden, dass unsere Stadtwerke ganz selbstverständlich ihre Privatkunden mit 100 % grünen, d.h. auch nachhaltig gewonnenen Strom beliefern und somit schon einen ganz wesentlichen Baustein des SDG 7 (bezahlbare und saubere Energie) erfüllt haben! Wir freuen uns schon jetzt darauf, dass eine Leistungsschau der Kommune noch viele weitere solcher erfreulichen Informationen liefern wird.

Auch der Rat selber und der HVB sind von diesen Dokumentationspflichten betroffen, der HVB ganz explizit. Der Rat, bzw. alle diejenigen, die Sachanträge einbringen (d.h.: die Fraktionen, die Verwaltung und die Einzelabgeordneten) werden durch den Antragspunkt 2a gezwungen sein, während der Antragserstellung ständig darüber nachzudenken welchen Einfluss ihre Anträge auf die SDGs haben. Nicht alle Anträge werden diese rundweg fördern können oder auch wollen (!), manche werden keinen Effekt auf die 17 Ziele haben, andere, hoffentlich sehr wenige, werden ihnen eventuell auch zuwiderlaufen müssen und dadurch unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck stehen. Zuletzt ist natürlich auch die Konstellation denkbar, dass zwar ein Ziel gefördert, ein anderes Ziel der SDGs aber dadurch beschädigt oder beeinträchtigt wird. Hier ist dann eine gute politische Gewichtung der Entscheidung unumgänglich.

Letztlich muss sich auch die Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld darüber bewusstwerden, dass sie in einer globalen Marktwirtschaft auch Konsumentin ist, deren Verhalten zum einen eine erhebliche Vorbildfunktion für private Konsumenten haben kann, zum anderen aber auch eine Marktmacht gegeben ist. Dass an dieser Stelle Rat und Verwaltung oft nicht hart genug an einer nachhaltigen Lösung gearbeitet haben, bezeugen die chinesischen Granitsteine auf unserem Marktkirchenplatz in erschreckender Weise.

Deshalb ist die CDU-Fraktion der Auffassung, dass, soll es nicht bei einem rein deklaratorischen Akt verbleiben, die Vergaberichtlinien überarbeitet und dort, wo nötig, angepasst werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld

Wichtige Links zum Thema:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/die-glorreichen-17-fuer-mehr-nachhaltigkeit-15559562>.

<https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/international/entwicklungszusammenarbeit/entwicklungspolitische-leitlinien-des-landes-niedersachsen-193318.html3>.

<https://www.staedtetag.de/themen/nachhaltigkeit-auf-kommunaler-ebene-gestalten>

<https://skew.engagement-global.de/ueber-uns.html>

Anlage:

- Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“